

Pressespiegel zum Breitbandprojekt

Schnelles Internet für alle: Kreis will Zeitplan einhalten

Infrastruktur Juristischer Beistand für EU-Recht

Von unserem Redakteur Andreas Jöckel

M Rhein-Lahn. An seinem ehrgeizigen Ziel, bis 2018 fast alle Haushalte mit schnellem Internet zu versorgen, hält der Rhein-Lahn-Kreis fest. Weil der vollständige Breitbandausbau im ländlichen Raum für Unternehmen nicht wirtschaftlich betrieben werden kann, sind Zuschüsse von EU, Bund und Land nötig. Rheinland-Pfalz will den Ausbau als Pilotprojekt fördern. Damit dies konform zum EU-Wettbewerbsrecht bleibt, wurde juristischer Beistand hinzugezogen.

Am Zeitplan wollen Landrat Frank Puchtler und der Leiter des zuständigen Lenkungsausschusses, Wilhelm Herm, unbedingt festhalten. Kein Wunder. Denn der Druck ist groß. Wo kein schnelles Internet verfügbar ist, können Bürgermeister heute kein Bauland mehr verkaufen oder um Einwohner werben, geschweige denn neues Gewerbe ansiedeln. Für die meisten Menschen ist der flotte Zugang zum Datennetz ein Muss. Und das nicht nur für Menschen, die es beruflich brauchen, oder junge Familien, deren Kinder online spielen wollen. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden auch für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen lebensnotwendige Techniken wie die Telemedizin gerade auf dem Land von zunehmender Bedeutung sein.

Nicht umsonst zählt die Versorgung mit Internetzugängen zur Daseinsvorsorge. Diese obliegt laut Gesetz den Städten und Gemeinden. Damit der Landkreis das Projekt federführend in die Hand nehmen kann, haben mittlerweile alle Ortsgemeinden ihre Kompetenz an die Verbandsgemeinden übertragen. Die sieben VGs und die Stadt Lahnstein, die im Lenkungsausschuss vertreten sind, haben letztlich den Kreis im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages beauftragt.

Im nächsten Schritt sind die Telekommunikationsunternehmen am Zug. Diese können nun Angebote abgeben, welche noch unterversorgten Bereiche des Landkreises sie in Eigenregie ausbauen wollen. Acht Firmen haben dazu ihr Interesse bekundet. Was dann an vermutlich unwirtschaftlichen Netzgebieten außen vorbleibt, muss vom Kreis als Auftrag ausgeschrieben und mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Gerade für Letzteres gilt strenges EU-Beihilferecht, das zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist. Damit es nicht zu wettbewerbsrechtlichen Beanstandungen aus Brüssel kommt, hat der Kreistag jüngst in nicht-öffentlicher Sitzung eine erfahrene Anwaltskanzlei als Berater engagiert, die bereits Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt hat, etwa beim gerade gestarteten Breitbandprojekt im hessischen Nachbarkreis Limburg-Weilburg.

Puchtler und Herm gehen davon aus, dass der Kreis die Aufträge im ersten Quartal 2015 vergeben kann. Danach soll der Rhein-Lahn-Kreis innerhalb von drei Jahren über ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz verfügen. Vorgesehen ist, dass 75 Prozent der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/Sekunde für Downloads versorgt werden, 95 Prozent mit mindestens 30 Mbit/Sekunde. Zum Upload sollen mindestens 20 beziehungsweise 10 Mbit/Sekunde zur Verfügung stehen. Laut Machbarkeitsstudie muss in mindestens 99 Orten ausgebaut werden. Dazu müssen rund 290 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden.

Als Anschubfinanzierung hat der Kreistag im Haushalt für 2014 und 2015 bereits jeweils 500 000 Euro bereitgestellt. Wie teuer der öffentlich geförderte Ausbau letztlich sein wird und welchen Anteil die Kommunen davon tragen müssen, lässt sich noch nicht sagen: „Das wäre ins Blaue geraten, nächstes Jahr wissen wir mehr“, sagt Herm.

Kommentar

Von Brüssel nicht blockieren lassen

Es ist paradox und der Breitbandausbau im ländlichen Raum ein Paradebeispiel dafür: Wo der Wettbewerb versagt, macht die EU mit ihrem Wettbewerbsrecht den Kommunen das Leben schwer, die den Ausbau vorantreiben wollen. Aber die Blockade aus Brüssel kann auch aufgehoben werden: Die bayrische Staatsregierung hat ihre eigenen Leitlinien rechtzeitig angepasst, von der EU-Kommission genehmigen lassen und pumpt bis zu 1,5 Milliarden Euro in den Breitbandausbau. Andere Regionen backen kleinere Brötchen. Die Wahl eines Rechtsbeistandes war dabei für den Rhein-Lahn-Kreis der richtige Weg.
Y E-Mail: andreas.joeckel @rhein-zeitung.net



Schnelles Internet in den ländlichen Raum zu bringen, wird für die Kommunen immer wichtiger. Hier verlegt die eigens von der Verbandsgemeinde Montabaur gegründete VGM-net in Zusammenarbeit dem Netzbetreiber KEVAG Telekom Glasfaserkabel zwischen Großholbach und Heiligenroth. Der Rhein-Lahn-Kreis will den flächendeckenden Ausbau im kommenden Jahr auf den Weg bringen.